

Unfaire 2. Säule: Wer am meisten draufzahlt

Sieben Milliarden Franken fliessen jedes Jahr von den Erwerbstätigen zu den Rentnern. Erstmals gibt es Zahlen darüber, was das für den einzelnen Versicherten bedeutet

Albert Steck

Die Zahl steht diskret auf Seite 30 im Jahresbericht der Oberaufsichtskommission der beruflichen Vorsorge: 6,8 Mrd. Fr.

So viel zahlen die Erwerbstätigen in der zweiten Säule jedes Jahr an die Renten der Pensionierten. «Die Kosten werden auf die nächste Generation verschoben», kommentiert die Behörde ihre brisante Rechnung. Das sei im Gesetz aber nicht vorgesehen.

Es geht um viel Geld. Und doch wirken die Milliardenbeträge abstrakt. Denn die Verluste sind versteckt; die Versicherten können sie nicht unmittelbar wahrnehmen. Der Effekt zeigt sich erst bei der Pensionierung, in Form von tieferen Renten – doch bis es dazu kommt, dauert es bei den meisten noch Jahre.

Klarheit für alle

«Die zweite Säule muss für die Versicherten transparenter werden», sagt Jörg Odermatt, Mitgründer des Vorsorgeunternehmens PensExpert. Er hat einen einfachen Vorschlag: «Jeder muss über den eigenen Pensionierungsverlust Bescheid wissen. Deshalb sollten alle Pensionskassen verpflichtet sein, den Betrag im jährlichen Vorsorgeaus-

weis zu deklarieren.» Technisch, ist Odermatt überzeugt, wäre dies kein Problem, weil die Kassen die Zahl ohnehin berechnen.

Somit würde im Vorsorgeausweis nicht nur stehen, wie viel Kapital der Versicherte gespart hat und wie hoch die erwartete Rente ausfällt. Zusätzlich wäre ebenso der Betrag aufgeführt, den die Kasse einsetzt, um die Leistungen der Rentner zu finanzieren.

Für den Einzelnen erreicht dieser Pensionierungsverlust schnell einmal mehrere zehntausend Franken, wie eine Analyse von PensExpert zeigt. Die Firma hat die Umverteilung für eine durchschnittliche Pensionskasse seit 2015 berechnet. Das Resultat: Pro 100 000 Fr. Kapital betrug die jährliche Umverteilung 1600 Fr. Dies ist ein Mittelwert für sämtliche Kassen und Versicherten.

Die Berechnung zeigt, wie viel jeder Versicherte für die Subventionierung der Rentner bezahlt. Am Beispiel eines 48-jährigen Bankangestellten mit einem Lohn von 120 000 Fr. und einem PK-Kapital von 370 000 Fr.: Pro Jahr verliert er wegen der Umverteilung 6000 Fr. In den 17 Jahren bis zur Pensionierung erreicht das Verlustpotenzial 100 000 Fr.

«Heute weisen die Kassen diese Geldflüsse nicht aus», er-



Belastete Gerechtigkeit zwischen den Generationen: Jüngere Angestellte zahlen oft Tausende Franken für die Renten der Pensionierten.

klärt Odermatt. «Doch was passiert, wenn die Versicherten die Ungerechtigkeit in Franken und Rappen vorgerechnet bekommen? Der Druck, die dringend nötige Reform der Vorsorge anzupacken, würde massiv zunehmen.» Auch die Kassen seien unglücklich mit dem heutigen System, sagt der Vorsorgeexperte. Doch werde ihnen die Umverteilung vom Gesetz aufgezwungen.

Weshalb aber subventionieren die Erwerbstätigen die PK-Renten, obwohl dies gar nicht vorgesehen ist? Zur Erinnerung: Die Arbeitnehmer finanzieren das Einkommen der Pensionierten über die AHV. In der zweiten Säule dagegen sollte jeder sein eigenes Alterskapital ansparen.

Der Grund für die Umverteilung ist der Umwandlungssatz (UWS). Die Höhe ist im Gesetz festgeschrieben und beträgt derzeit 6,8%. Wer neu pensioniert wird, hat somit lebenslang Anspruch auf eine Jahresrente von 6800 Fr. pro gesparte 100 000 Fr. Weil die Menschen aber immer länger leben und die Zinsen auf einem Rekordtief liegen, wird jede Pensionierung für die Kassen zum Verlustgeschäft.

Wie viel Geld eine Kasse im Extremfall draufzahlen muss, verdeutlicht ein Beispiel des PK-

Experten Roger Baumann von der Firma c-alm: Eine Person mit 300 000 Fr. Altersguthaben erhält eine Rente von 20 400 Fr. Um diese zu finanzieren, benötigt die Kasse allerdings ein Kapital von 430 000 Fr. Somit fehlen ihr 130 000 Fr. «Der zu hohe Umwandlungssatz lässt den betroffenen Kassen keine Wahl: Sie müssen auf Mittel der Erwerbstätigen zugreifen», sagt Baumann. «Sonst geraten sie in eine Schieflage.»

Es trifft das mittlere Alter

Welche Gruppe von Arbeitnehmern ist nun am stärksten von der Umverteilung tangiert? Auch darüber geben die Berechnungen von PensExpert Aufschluss. Eine 60-jährige Person hat zwar meistens viel Ersparnis. Doch weil bis zur Pensionierung nur noch wenige Jahre verbleiben, ist die Umverteilung in der Summe weniger gravierend. Kaum tangiert sind ebenso sehr junge Personen: Sie haben erst wenig Geld in der zweiten Säule. Somit kann die PK nur einen kleinen Betrag abzweigen.

«Die Leidtragenden sind vor allem Personen im mittleren Alter zwischen etwa 45 und 55», sagt Jörg Odermatt. «Sie haben bereits viel Kapital angehäuft. Zudem dauert bei ihnen die Umvertei-

Vorsorge unter Druck

41 Mrd. Fr.

haben die Pensionskassen von 2014 bis 2019 zugunsten der Rentner umverteilt.

4,8%

Rendite müsste eine Pensionskasse erzielen, um die gesetzlich vorgegebenen Leistungen vollumfänglich einzuhalten.

2%

Ertrag ist im derzeitigen Tiefzinsumfeld realistisch.

lung über eine lange Zeit, so dass der Verlust richtig ins Geld geht.»

Zwar schlägt der Bund mit der Reform der zweiten Säule eine Senkung des UWS auf 6% vor. Doch wann es dazu kommt, bleibt unklar. Zudem genüge dieser Schritt bei weitem nicht, betont Roger Baumann. «Um den heutigen UWS von 6,8% zu erwirtschaften, muss eine Kasse jedes Jahr 4,8% Rendite erzielen. Wenn wir aber eine Rendite von 2% als realistisch annehmen, so müsste der UWS unter 5% liegen.»

Die Generation der 45- bis 55-Jährigen könnte also doppelt Pech haben, erläutert Odermatt. «Heute bezahlen sie am meisten an die Umverteilung. Doch wenn sie selbst die Pensionierung erreichen, können sie nicht mehr vom überhöhten Umwandlungssatz profitieren – das heisst, ihre Rente fällt tiefer aus.»

Möglich ist sogar eine dritte Benachteiligung, von der kaum gesprochen wird: eine Rückkehr der Inflation. Die heutigen Rentner haben das Glück, dass die Teuerung fast bei null liegt. Damit bleibt die Kaufkraft ihrer Pension erhalten. Das ist aber keinesfalls gesichert: Vielmehr besteht das Risiko, dass die künftigen – tieferen – Renten wegen der Inflation zusätzlich an Wert verlieren.

«Es ist gefährlich ...»

Fortsetzung von Seite 23

Nun gibt es in der Wirtschaft aber prominente Stimmen, wie etwa jene von Alfred Gantner, dem Gründer der Partners Group, die sich im Abwehrkampf gegen das Rahmenabkommen engagieren. Es scheint ganz so, als ob die Wirtschaft nicht mehr in der Lage sei, bei wichtigen politischen Fragen geschlossen aufzutreten.

Differenzen zwischen einzelnen Branchen und Unternehmen hat es schon immer gegeben. Aber die Vehemenz der Diskussionen und die Unterschiedlichkeit der Interessen haben in letzter Zeit stark zugenommen. Und das macht mir grosse Sorgen. Es gelingt uns immer weniger, uns auszutauschen und Kompromisse zu finden.

Wegen dieser Richtungskämpfe geht in der öffentlichen Diskussion auch die Stimme der Wirtschaftsverbände unter.

Ich möchte eine Lanze brechen für die Wirtschaftsverbände. Sie sind Plattformen des Dialogs und versuchen, verschiedene Meinungen auszuwerten. Ja, das ist schwieriger

geworden. Aber was ist die Alternative? Wir sind ein kleines Land, und unser Erfolgsrezept besteht ja gerade darin, dass wir eine so diverse Wirtschaft haben. Es wäre verhängnisvoll, wenn ein Keil zwischen verschiedene Branchen und Unternehmen getrieben wird.

Einen solchen Keil gab es schon bei der Konzernverantwortungsinitiative.

Sie haben recht. Aber es ist gefährlich, wenn etwa Grossfirmen gegen KMU ausgespielt werden. Ich finde es auch bedenklich, dass das Verständnis verloren geht, dass wir alle ein Teil der Wirtschaft sind. Es gibt keinen Gegensatz zwischen den Schweizerinnen und Schweizern und ihrer Wirtschaft.

Sie waren Topmanager in so vielen Schweizer Konzernen wie wohl kaum ein anderer. Dabei haben Sie als Chemieingenieur promoviert. Sie sind ein Exot.

Ich habe vor kurzem mit einem Freund darüber diskutiert, was wir anders machen würden im Leben, wenn wir nochmals zurückkönnen. Ich sagte ihm, ich würde selbst im Wissen um die Zukunft nochmals Ingenieur studieren.

Das gibt einem einen ganz anderen Blick auf gewisse Problemstellungen – auch wenn ich in einem Zweitstudium dann auch noch Betriebswirtschaft lernte. Natürlich führen verschiedene Wege nach Rom, aber ich habe es immer so gesehen, dass mein, auch technisch geprägter, Werdegang viele Vorteile aufweist.

Was war wichtiger für Ihren Erfolg: der Schulsack oder der Berufsstart beim Beratungsunternehmen McKinsey?

Es ist vielleicht eine Huhn-Ei-Frage: McKinsey hat sich immer besonders interessiert für Absolventen einer sowohl wissenschaftlichen als auch betriebswirtschaftlichen Ausbildung. Mich hat beides stark geprägt. Bei McKinsey lernt man drei sehr

wertvolle Dinge: Themen zu analysieren, Schlussfolgerungen zu ziehen und die Resultate überzeugend zu präsentieren.

Sie sind schon Jahrzehnte für Corporate Switzerland tätig und sind bestens vernetzt. Wie zukunftsfähig ist die Schweizer Wirtschaft heute eigentlich noch?

Sie ist sehr zukunftsfähig. Ich spüre das auch immer im Ausland, wenn ich dort mit Wirtschaftsführern rede. Die Bewunderung für die Schweizer Wirtschaft ist riesig – in einem Ausmass, das man hier nicht wahrnimmt. Egal ob KMU oder Grossunternehmen: Schweizer Firmen sind international erfolgreich und in ihren Nischen oft Weltmarktführer.

Wie erklären Sie sich diesen internationalen Erfolg?

Unsere Firmen sind fit getrimmt durch den kleinen Heimmarkt, der sie von Anfang an dazu zwingt, ins Ausland zu expandieren. Und durch den Franken, der seit Jahrzehnten immer stärker wird. Das stählt Unternehmen, denn einen solchen Aufwertungsdruck überlebt man nur durch ständige Produktivitätsgewinne und Innovationen.

Syngenta-Mutter landet auf schwarzer Liste der USA

US-Bürger dürfen keine Anleihen von Chem China mehr halten. Das könnte zum Problem werden für den Börsengang Syngentas.

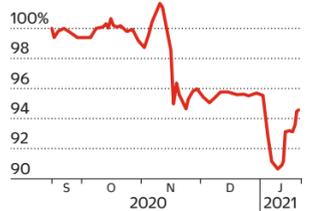
Franziska Pfister

Syngenta gerät zwischen die Fronten der Supermächte China und USA. Am 11. Januar trat eines der letzten von Ex-Präsident Donald Trump unterzeichneten Dekrete in Kraft. Es untersagt US-Bürgern, in chinesische Firmen zu investieren, die Chinas Militär unterstützen und somit eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen. Auf der schwarzen Liste stehen 31 Unternehmen, darunter ist auch der staatliche Chemiekonzern Chem China, das Mutterhaus von Syngenta.

Amerikaner haben bis im November Zeit, an der Börse gehandelte Obligationen abzustossen. Deren Preise sind eingebrochen. Unklar ist, ob US-Bürger weiterhin Anleihen von Syngenta halten dürfen. Ein Firmensprecher bezeichnete dies als «Spekulation» und wollte keinen Kom-

Kursrückgang

Kurs der Obligation 3% Chem China in \$, Laufzeit bis 2030



Quelle: Bondsübermarkt

mentar abgeben. «Sollte das Dekret auch für Anleihen von Syngenta gelten, würde sich der Schuldendienst verteuern», schreiben die Kreditanalysten der Rating-Agentur Moody's. Solange das US-Geschäft nicht mit Sanktionen belegt werde, sei dies verkraftbar, heisst es.

Kommendes Jahr plant Syngenta, einen Teil seiner Aktien zurück an die Börse zu bringen. Dürfen US-Bürger diese nicht kaufen, schrumpft die Zahl möglicher Aktionäre stark.

“

Unsere Firmen sind fit getrimmt durch den Franken, der seit Jahrzehnten immer stärker wird.